

Aussichten

«Freiheit ist über Silber und Gold»

Im Innenhof des Basler Rathauses steht auf einer Freske: «Freiheit ist über Silber und Gold». Freiheit umfasst Verantwortung und Nachdenken: Selber denken macht frei – und ist nie gratis zu haben. Josi Meier, eine grossartige Politikerin, hat es auf den Punkt gebracht: «Andere leisten sich eine Jacht oder ein Pferd, ich leiste mir eine eigene Meinung, das ist etwa gleich teuer.»

Man soll seine Seele nie verkaufen – aber genau das machen die opportunistischen Entscheidsträger in Politik und Wirtschaft in Bezug auf den Finanzplatz Schweiz und sein Verhältnis zum Ausland. Man redet nur noch über Steuern und tut so, wie wenn Schwarzgeld beziehungsweise Steuerhinterziehung *die* Gründe seien, weshalb die im Ausland Steuerpflichtigen ihr Geld in der Schweiz deponieren. Man passt sich um der Akzeptanz und Anpassung willen einem bestimmten ausländischen beziehungsweise internationalen Tenor an. Dabei geht vollkommen unter, dass es vielen Menschen um die Privatsphäre (tönt es auf Englisch klarer?: Privacy ist gemeint), um Schutz vor Erpressung oder Enteignung, um Schutz vor Willkür geht. Es geht um Menschen, nicht um Steuerfahndung. Hier wäre ein «Je pense, donc je suisse» (Ben Vautier) gefordert.

Ausländische Kunden müssen im Umgang mit dem Finanzplatz Schweiz heutzutage mit allem und jederzeit rechnen. So beispielsweise Freunde von mir, die in Namibia leben und die einen eisenen Bestand an Gespartem, rund 150 000 Franken, bei einer Raiffeisenbank in der Schweiz hatten. Dies, um sich zum Beispiel für den nicht unwahrscheinlichen Fall, dass Namibia sich dem Modell Zimbabwe annähern würde, existenziell abzusichern. Wie diese Kunden aus der Bank hinausgeworfen wurden, gehört

zu den mieseren Kapiteln im Dreigroschenroman «Der Kunde ist König».

Oder beispielsweise in Bezug auf den automatischen Informationsaustausch (AIA). Die USA denken nicht daran, ihre Daten zu liefern – ich weiss gar nicht, ob die wissen wollen, was Reziprozität ist. Und wir Schweizer: Wir «höseln» und beharren nicht auf einem Grundsatz, der selbstverständlich ist, nämlich dem Gegenrecht. Wir versinken in die Prinzipienlosigkeit. Die Schweiz wird viele Daten in die Welt hinausschicken – es ist offenbar ziemlich egal, wohin. Nach Mexiko, nicht nur für Journalisten eines der gefährlichsten Länder der Welt, wo man vor Polizisten gleich viel Angst haben muss wie vor einem Gangster; ein Staat, wo aus offensichtlichen Gründen 98 von 100 Gewaltverbrechen nicht aufgeklärt werden? Nach Russland, wo kritische Stimmen mit der Kugel mundtot gemacht werden und wo nicht einmal eine Beerdigung ohne Schmiergeld möglich ist? Die NZZ schrieb kürzlich: Russland bleibt stabil korrupt. Ich frage: Wen wundert's mit einem solchen Präsidenten?

Die OECD und deren Technokraten werden zum Mass der Dinge, und unsere Top-Experten nehmen das hin, einfach so. In einem kürzlichen öden Interview hat der neue Präsident der Schweizerischen Bankiervereinigung dazu natürlich nichts gesagt, wohl aber davon geplaudert, dass man bei der OECD intensiv nachgefragt habe, wie denn das alles technisch gehe. Das ist mittleres Sachbearbeiterniveau. Diese Haltung bildet eine Gefährdung von Einzelpersonen. Sie untergräbt legitime Schutzbedürfnisse und verrät grundlegende Rechte Einzelner. Es zeigt sich aber vor allem eines, und das ist sehr besorgniserregend: Die Schweiz ist diesbezüglich stromlinienför-

mig prinzipienlos und einseitig geworden. Was der Künstler Ben Vautier 1992 mit der Tafel «La Suisse n'existe pas» positiv schildern wollte, nämlich die Diversität der Schweiz, bekommt einen anderen Gehalt: Eine starke eigenständige Schweiz mit einer klaren Fähigkeit zur Eigenreflexion und Eigenständigkeit gibt es jedenfalls im geschilderten Zusammenhang nicht mehr.

Konsens und Anpassung sind von der Schweiz nicht um jeden Preis anzustreben.

Vielmehr ist eine Antwort auf die Frage zu fordern, wie sich die Kräfte jenseits der nationalen Grenzen legitimieren – insbesondere die OECD. Fast die ganze Welt ist OECD-Welt. Der Einfluss der USA bei der OECD ist massiv. Das bedeutet in diesem Zusammenhang, dass sie sich durchsetzen, ohne sich selber an Regeln zu halten. Ich bin dezidiert der Ansicht, dass der AIA mit Forderungen und Vorbehalten hätte verbunden werden müssen und dass es in dieser Art und Weise nicht geht. Leider scheint es zu sein wie bei «Germany's Next Top Model». Zum letzten Finale (ich käme nie auf die Idee, mir diese Sendung anzutun) hat die «Süddeutsche Zeitung» geschrieben: «Personality muss auf Englisch gesagt werden, weil «Persönlichkeit» uncool ist und hier ohnehin keiner hat.» So geht Freiheit verloren – die Glaubwürdigkeit übrigens auch.



Monika Roth
wirtschaft@luzernerzeitung.ch

Hinweis

Monika Roth (64) ist Professorin für Compliance und Finanzmarktrecht an der Hochschule Luzern – Wirtschaft.